„Technische Rundschau"

nt wöchentlich zwölfmal mit illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel", …enspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Illustrierte Film-Zeitung", …to-Spiegel", „ULK", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". …preis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; …die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die …stalten in Oesterreich, Tschechoslowakei Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, …burg, Holland Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für …origen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. …alle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder …ung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW.19, …lemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, …n Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin Rudolf Mosse-Code – Post…nto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis Die 12gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen …stimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46—49. Filialen: Badstr. 61; Blücherstr 69; Fennstr 1; Fidicinstr. 9; Frankfurter Allee 286 u. 346; Greifswalder Str 197; Große Frankfurter Str. 101; Kochhannstr 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str 83; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 79; Rosenthaler Str. 48; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1—6; Zimmerstr. 59 Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34; Nürnberger Str. 25/26; Scharrenstr. 39; Tauentzienstr. 2; Cöpenick: Schloßstr. 1; Friedenau: Rheinstr 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstraße 93/94; Kaiser-Friedrich-Str 243; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloßstr 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr 7; Weißensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str 23; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 565
…sgabe für Berlin

56. Jahrgang
Mittwoch, 30. November 1927

Preußische Beschwerde über Keudell.

…er Brief Brauns an den Reichskanzler

…Die Erwartung, daß die preußische Regierung die unerhörte …rausforderung eines ihrer angesehensten Mit…eder, des Kultusministers Dr. Becker durch den …ichsinnenminister v. Keudell, nicht stillschweigend hin…men könne und werde, hat sich bereits bestätigt. Das preußische …binett hat sich gestern mit dem unglaublichen Telegramm des …rrn v. Keudell an die Zirkusversammlung der …lkischen Studenten beschäftigt und einmütig beschlossen, die …orderlichen Schritte bei der Reichsregierung zu tun, **damit …. Becker volle Genugtuung geleistet wird.** Wie wir hören, … Ministerpräsident Braun an den Reichskanzler Dr. Marx ein …hreiben gerichtet, in welchem er **schärfste Verwahrung gegen …s unqualifizierbare Hervortreten des Herrn v. Keudell** …legt. Man darf wohl annehmen, daß die Art, wie der deutsch…tionale Reichsinnenminister auch in diesem Falle wieder die …eußische Regierung mit Absicht provoziert hat, von Dr. Marx genau … entschieden verurteilt wird wie in der Oeffentlichkeit und daß der …schwerde Preußens vor allem mit der nötigen Energie gegenüber …rrn v. Keudell Rechnung getragen wird.

…Auch die Reichsregierung wird der Meinung sein, daß endlich …mal Vorsorge getroffen werden muß, damit ihr Minister des …nern das gute Verhältnis mit der Regierung des größten Landes …cht immer wieder aufs schwerste schädigt. Es muß Herrn … Keudell mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden, …ß er das Ansehen, welches ihm sein Amt als Minister des Reiches unverdientermaßen verleiht, nicht ständig in Frage stellen darf, indem er sich als deutschnationaler Parteiagitator betätigt. Das Kabinett Marx wird sich deshalb auch, wie verlautet, mit dem Beschwerdebrief des preußischen Ministerpräsidenten sofort befassen und Dr. Braun die Antwort vermutlich noch in diesen Tagen zustellen. In politischen Kreisen zweifelt man nicht daran, daß die Antwort des Reichs dem unzweifelhaften Ernst der Lage vollauf gerecht werden wird."

*

Von anderer Seite hören wir noch:

Das Protestschreiben des preußischen Ministerpräsidenten wird auch von den preußischen Koalitionsparteien als ein Gebot preußischer Selbstachtung angesehen. Das Zentrum steht in dem neuen Konflikt fest hinter der Regierung. Bis weit in den Kreis der Deutschen Volkspartei fragt man sich, welches politische Ziel der Reichsinnenminister mit seinen dauernden Vorstößen verfolgt habe, die übereinstimmend alle Charaktermerkmale „bewußter Provokationen" haben. Gerade in volksparteilichen Kreisen hört man deshalb die Meinung, daß Herr v. Keudell die Aufmerksamkeit von den zahlreichen deutschnationalen Wahlniederlagen ablenken möchte und deshalb die Gelegenheit wahrnahm, um einen Vorstoß gegen die preußische Regierung zu unternehmen. In parlamentarischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß **die preußische Regierung diesen ihr aufgezwungenen Kampf um ihre Selbstachtung mit aller Energie ausfechten wird.**

Ist die Volksschule zu retten?

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Gertrud Bäumer,
Mitglied des Reichstags.

Die Braunschweiger Beschlüsse der Deutschen Volkspartei müssen für alle, die von der Tragweite des gegenwärtigen Schulkampfes durchdrungen sind, eine Enttäuschung sein. Sie versuchen, das liberale Gesicht, aber gleichzeitig auch das Koalitionsgesicht zu wahren. Sie lassen irgendein klares Volksschulprogramm überhaupt nicht erkennen, behelfen sich mit sehr weit gefaßten Begriffen, wie „Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Schule", — „Wahrung der Schulhoheit des Staates", — die dadurch nicht fester und bestimmter werden, daß man sie mit Eigenschaftswörtern wie „unbedingt" und dergleichen verziert. Und schließen mit der Erklärung der Bereitschaft, das Gesetz zu verabschieden. Ihr Führer, der noch im Anfang des Jahres von der epochalen Bewegung für die geistige Freiheit sprach, die von der Deutschen Volkspartei aus das deutsche Volk durchbrausen sollte, erklärt heute, die Deutsche Volkspartei sei in diesen Fragen „tolerant". Sie mache sie nicht zum parteipolitischen Dogma, — sie lasse sozusagen jeden Parteigenossen nach seiner Fasson selig werden. Und so vermeidet die Entschließung in der Tat jede bestimmtere Festlegung, und wir wissen gar nicht, wie sich die in ihr enthaltenen Stichworte der Abänderungsanträge auswirken werden. Auf der anderen Seite ist durch die Erklärung der Bereitschaft, das Gesetz zu machen, seine Verabschiedung und die damit verbundene Gefahr sehr viel nähergerückt.

Die volksparteiliche Entschließung verstärkt den Eindruck, als ob man den eigentlichen Sitz dieser Gefahr tatsächlich — nach allem wirklich reichlichen Hin- und Herreden über das Gesetz — noch nicht sieht. Die Schicksalsfrage der deutschen Volksschule ist wirklich nicht die, ob im allgemeinen katholische Kinder von katholischen Lehrern oder evangelische Kinder von evangelischen Lehrern unterrichtet werden sollen oder nicht. Sondern die Schicksalsfrage ist, ob die Schule eine „Volksschule" im weitesten Sinne bleibt, eine Einrichtung, die von den Stellen aus innerlich und äußerlich bestimmt wird, an denen die Gesamtheit zu Worte kommt — nämlich Staat und Gemeinde. Der bisherige Verlauf und das bisherige Ergebnis der Arbeit des Bildungsausschusses hat aber von Tag zu Tag mehr enthüllt, wie sehr der Volksschule ihr nationaler und staatlicher Charakter durch Geist und organisatorische Auswirkung des Gesetzes verlorengehen wird.

Der erste Paragraph schränkt — darauf habe ich im „Berliner Tageblatt" schon hingewiesen — den Staat auf die Aufsicht über die Volksschule ein und stützt die Auffassung, nach der die Schule nicht von der bürgerlichen Gemeinde, sondern von der Elterngemeinde ihre Gestalt empfängt. Der Paragraph über die Bekenntnisschule ist angenommen — nicht ohne daß die Enge des Bekenntnischarakters dieser Schule noch enger geworden ist. Das ist dadurch geschehen, daß diese Schulen nicht nur, wie es die Regierungsvorlage vorsah, als evangelische, katholische oder jüdische bezeichnet werden sollen, sondern nach den engeren Bekenntnisgemeinschaften, die sie beantragen. Es wird also künftig über den Türen unserer Volksschulen beispielsweise zu lesen sein: Evangelisch-lutherische Volksschule, reformierte Volksschule, altreformierte Volksschule, Volksschule der bischöflichen Methodistenkirche usw. in unübersehbaren Variationen. Wenn unter dem Eindruck dieser lebendigen Anschauung noch irgend jemand im Volke des Glaubens wäre, daß die Schule eine Einrichtung des Staates sei, dann wird das ein Wunder sein. Schlimmer aber als nach außen wird die Wirkung solcher Namengebung nach innen sein. Denn wenn schon solche Bekenntnisgemeinschaften sich durch alle Mittel kulturpolitischer Propaganda Schulen „ihres Bekenntnisses" erstritten haben, die sie ausdrücklich firmieren, dann werden sie auch wissen wollen warum — das heißt, dann werden sie diese Schule nach innen zu auch entsprechend diesen engeren konfessionellen Ueberzeugungen gestalten wollen.

Ueberhaupt liegt ja die Gefahr der Antragsschule des Reichsschulgesetzes darin, daß sie die konfessionelle oder die weltanschauliche und politische Elterngemeinde als Enklave der bürgerlichen Gemeinde mit Notwendigkeit entstehen läßt. Eine Schulgemeinde, das heißt ein Elternkreis, der sich für eine Schule mit verantwortlich fühlt, ist sicher etwas Schönes und Wertvolles, um die Verbindung von Schule und Haus zu pflegen. Schiebt sich aber diese Gemeinde mit einer Art geistiger Diktatur zwischen die Bevölkerung und ihre Vertretung in Stadt und Staat, so entsteht daraus für die Volksschulen die Gefahr, zu Privatschulen auf öffentliche Kosten zu werden. Und das ist ja auch die Absicht. Man muß sich ja darüber klar sein, daß die Elternschaft einer Volksschule mit acht Schuljahren ein sehr fluktuierender Kreis ist. Wer hält ihn zusammen, nachdem einmal eine Schule auf Antrag entstanden ist? Doch niemand anders als die Kirchengemeinden oder weltanschauliche Parteien. Es ist ganz unvermeidlich, daß sie zu den permanenten Geschäftsführern der Eltern an den Bekenntnis-

Litwinows bevorstehende Anträge.

Deutschlands Standpunkt in der Verschleppungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

 # Genf, 29. November.

In der morgen vormittag 11 Uhr beginnenden ersten Sitzung …er vorbereitenden Abrüstungskommission wird der Vorsitzende …oudon zunächst über den Stand der Arbeiten berichten …nd sodann die Debatte hierüber eröffnen. **Es wird angenom…nen, daß bereits in dieser ersten Sitzung Litwinow das …Wort ergreifen wird. Er wird etwa eine halbe Stunde …ang sprechen. Seine Rede wird mit einer außerordentlich …scharfen Kritik der bisherigen Abrüstungspolitik der Mächte …beginnen, deren Ton und Inhalt sich denken läßt. Hieran …werden sich konkrete Vorschläge betreffs Abrüstung und …Sicherheit schließen, und den dritten Teil der Rede wird …eine Resolution bilden.** Soweit sich die Lage bis jetzt überschauen …läßt, unter Vorbehalt der nicht vorher zu sehenden Ausdehnung der …allgemeinen Debatte, scheint es möglich, daß der Wunsch durch…bringen wird, diese Tagung schon am 3. Dezember zu …schließen. In diesem Falle müßte vom deutschen Stand…punkt unbedingt erwartet werden, daß die vorbereitende …Kommission möglichst schon im Februar zur zwei…ten Lesung des Entwurfes zusammentritt. Was die …erste Tagung der Sicherheitskommission betrifft, so würde **von deutscher Seite geltend zu machen sein, daß die weitere Arbeit der vorbereitenden Kommission unter keinen Umständen von den Fortschritten der Arbeiten der Sicherheitskommission abhängig** gemacht werden darf. Es bleibt jedenfalls noch ungewiß, ob die Tagung verlängert wird, oder ob sogar eine Unterbrechung eintreten wird, da dies alles von dem Verlauf der Debatten und dem Bedürfnis der Delegationen, sich zu äußern, abhängen wird. Vorläufig ist nur festzustellen, daß sich die britische Delegation im Gegensatz zu dem bekannten französischen Standpunkt grundsätzlich einer Verlängerung der Tagung nicht widersetzen würde. Anderseits scheint man auf britischer Seite nicht für eine schnelle Einberufung der Abrüstungsvollkommission zur zweiten Lesung zu sein, da man offenbar noch auf die Wirkung weiterer Verhandlungen zwischen den Regierungen rechnet. Man begründet diese Haltung auf britischer Seite damit, daß, wenn ein Aufschub zur Klärung von Gegensätzen eintreten könne, wie sie zum Beispiel in der Frage der ausgebildeten Reserven bestehen, dies nützlicher sein würde, als eine zweite Lesung in kurzer Frist. Abgesehen von den allgemeinen Debatten wird auch eine Auseinandersetzung über den Zeitpunkt für die zweite Lesung und für die erste Tagung der Sicherheitskommission stattfinden. Es werden wahrscheinlich auch die allgemeinen Gesichtspunkte und namentlich die französische Sicherheitsthese wieder zur Sprache gelangen und es wird sich **dabei darum handeln, ob zuerst die vorbereitende Kommission oder die Sicherheitskommission einberufen werden soll.** Von deutscher Seite wird überdies der grundsätzliche Standpunkt der Reichsregierung und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Versammlung jedenfalls der Wunsch vertreten werden, daß die vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten möglichst bald fortsetzt, und daß diese Fortsetzung nicht erst von den Ergebnissen der ersten Beratungen der Sicherheitskommission abhängig gemacht werden soll. Es ist durchaus möglich, daß bei dieser Gelegenheit wieder der **grundsätzliche Gegensatz hinsichtlich der Reihenfolge von Sicherheit und Abrüstung aufgerollt wird,** der im September durch die bekannte Kompromißresolution ausgeglichen wurde.

Im Vordergrund des Interesses im jetzigen Stadium der Genfer Beratungen steht indessen die **polnisch-litauische Frage,** zu der sich Polen soeben in einer Note geäußert hat. Wenn Marschall Pilsudski hierher kommt, womit jetzt ziemlich sicher gerechnet wird, so wird der Streit auf keinen Fall auf seinen Ausgang vom Schulkonflikt beschränkt werden können. Hiergegen spricht die polnische Note und auch die litauische Note, die sich bekanntlich ausdrücklich auf Artikel 11 des Paktes beruft und schwerwiegende allgemeine Anschuldigungen gegen die polnische Regierung gerichtet hat. Polen ist als Ratsmitglied von vornherein in einer günstigeren Lage und hat deshalb auf eine Polemik mit der litauischen Regierung verzichtet. Es ist damit zu rechnen, daß die Angelegenheit nicht nur im Rat, sondern auch in Sonderbesprechungen mit den beteiligten Regierungen behandelt wird. Ferner ist es möglich, **daß der Rat beschließt, einen Sonderausschuß für die litauische Frage einzusetzen,** der den Gesamtbereich der Konfliktsmöglichkeiten zwischen beiden Staaten untersuchen und sich um eine friedliche Schlichtung bemühen soll. Es besteht vielleicht die Absicht, Frankreich und Deutschland aufzufordern, an diesem Ausschuß teilzunehmen, und es bleibt abzuwarten, ob beide Staaten bereit sind, hieran mitzuwirken. Die Ratsberichterstattung in dieser Angelegenheit liegt in den Händen des niederländischen Vertreters. Von maßgebender polnischer Seite wird es mir als so gut wie sicher bezeichnet, daß Marschall Pilsudski zur Ratstagung hier erscheinen wird.

Die Sowjetregierung wird von nun an hier einen ständigen, journalistischen Vertreter in der Person des Korrespondenten der offiziellen Telegraphenagentur „Taß", Rajewski unterhalten, der mit der Delegation hierher gekommen ist und dauernd hier bleiben wird.

Unterredung Hoesch-Briand.

Die Genfer Probleme.

(Telegramm unseres Pariser Bureaus.)

X Paris, 29. November.

Der deutsche **Botschafter v. Hoesch stattete heute dem Außenminister Briand einen Besuch ab,** über den von der Botschaft folgende Mitteilung ausgegeben wurde: „Dr. v. Hoesch hatte heute nachmittag eine Unterredung mit dem Außenminister Briand. Die Unterredung diente dem **Meinungsaustausch über die verschiedenen Fragen, die auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf** zur Erörterung kommen dürften."